

Berliner Tageblatt



Nr. 53

und Handels-Zeitung

Dienstag, 1. Februar 1922

redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Das vervollständigte Reichskabinett.

Streitigkeiten zwischen den Deutschnationalen. - Lindener-Wildaus Strafflage. - Stauffenbergs Brief.

Heute nachmittag Kabinettsitzung.

Das neue Kabinett Marx tritt heute nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Diesmal werden auch die Minister an der Kabinettsberatung teilnehmen. Reichsminister Marx wird dem Kabinett den Entwurf der Regierungsprogramm vorlegen, die am Donnerstag vor dem Reichstag abgelehnt ist. Zu Beginn der Kabinettsitzung wird der Reichsminister gemäß den Bestimmungen der Verfassung die neuen Minister auf die Weimarer Verfassung vereidigen. Eine Verlegung dieses Ereignisses erfolgt nicht, da er bereits früher einem Reichstag angehört hat.

Über die erwungene Zurückziehung des Herrn Lindener-Wildaus hat die deutsche Presse mit begrifflicher Deutlichkeit geschrieben. Die „Deutsche Zeitung“ hat die Sprache verloren und begnügt sich mit einem Ausdrucksverlust. Herr v. Keudell, der neue Reichsinnenminister, wird als „Täglicher Kundschau“ als „ein Mann von maßvoller Ansehungen“ bezeichnet. Es sei übrigens zu bemerken, daß er in seinem Ministerium bereits seinen Bruder vorfindet. Sein jüngerer Bruder wurde nämlich Schiele als Regierungsrat in das Innenministerium hineingekommen. Dort wurde für ihn eine Ministerialratsstelle geschaffen, die er jetzt als Oberregierungsrat verwaltet, und unbar, bevor Schiele, der Socarno-Politik wegen, Amt verließ, sorgte er noch dafür, daß Herr Lindener zum Ministerialrat ernannt wurde. Deswegen Keudell so rasche Karriere erregte damals auch in internationalen Kreisen großes Aufsehen, zumal man ohne Anspruch feststellen kann, daß diesem schnellen Aufstieg die Leistungen nicht entsprechen. Im übrigen werden die Dinge bei der Kabinettsitzung noch ein gerichtlich es Spiel finden. Der Abgeordnete v. Lindener-Wildaus hat nämlich angefaßt der Angriffe der deutsch-

nationalen „Kommerziellen Tagespost“ erklärt, daß er „diese infame und niederträchtige Verleumdung vor der gesamten Öffentlichkeit brandmarken“ und die geeigneten Schritte unternehme, „um die ungeheuerliche Verleumdung der strafwürdigen Aburteilung zuzuführen.“

Demgegenüber teilt die Schriftleitung der „Kommerziellen Tagespost“ mit, daß sie dem angeführten Schritt des Herrn v. Lindener-Wildaus mit Gefassenheit entgegenstehe. Sie wundert sich nur über die herausfordernde Schärfe der Lindener-Wildaus Erklärung, die jede Sachlichkeit vernichten lasse, daß zulässig Maß der Abwehr um ein bedeutendes überdrehte und keinesfalls durch den beanstandeten Kommentar der „Kommerziellen Tagespost“ begründet werde.

Die „Kommerzielle Tagespost“ sprach befanntlich von „Käuferspiel“ und einem „Kügel“, dem Lindener-Wildaus nicht fernstehe. Man kann abwarten, ob dieser Gegensatz innerhalb der Deutschnationalen Partei wirklich vor Gericht ausgetragen wird. Zu dem auch von uns wiedergegebenen Schreiben eines anderen Deutschnationalen Ministerialrats, des Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Stauffenberg, an Bazille, das das Zentrum „die unehrlichste der Parteien nannte“ und es als die eigentliche Gefahr für Deutschland bezeichnete, bemerkt das „Deutsche Volksblatt“, das Stuttgarter Zeitungsmorgan:

„Diese Worte zu dem Schreiben zu machen, wäre höchst überflüssig. Es spricht für sich selbst und charakterisiert die ganze Aristokratie des Reiches wie auch die Stimmung deutschnationaler Patrioten im Oberland. Was Freiherr von Stauffenberg über das Zentrum an Schimpfworten zusammenzutragen weiß, paßt ganz prächtig in das Führermandat eines Deutschnationalen katholischen Abgeordneten. Dem Zentrum kann ein solches Geschimpf wirklich nicht schaden, aber es zeigt dem katholischen Oberland, welche bodenloser Gemeinheit gewisse Leute fähig sind.“

Die neuen Regierungsparteien haben also noch allerlei Differenzen untereinander ausgetragen, während sie sich schon zur gemeinsamen Arbeit vereinigen.

Das Ende der Militärkontrolle.

Die Einigung über die Restpunkte.

Von

Maximilian Müller-Jabusch.

Gestern nacht um 12 Uhr hat die Interalliierte Militärkontrollkommission ihre Tätigkeit eingestellt. Damit ist eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Ausgleichung der durch den Krieg und den Friedensvertrag geschaffenen Gegensätze erreicht worden. Es hat Mühe und Not genug verdrängt. Von heute ab unterliegt Deutschland nicht mehr der einseitig auferlegten demütigenden Kontrolle, sondern, wenn jemand glaubt, an der Entwaffnung zweifeln zu müssen, so erfolgt die Untersuchung des Völkerbundes, und zwar in einem Verfahren, an dessen Feststellung wir mitgearbeitet haben.

Unnötig zu sagen, daß uns die Kontrollkommission keine Freude gemacht hat. Die Art und Weise ihres Auftretens, insbesondere in früheren Jahren, war oft provozierend. Und ihr Vorhandensein hat den Anflug der Wehrverbände, der Schwarzen Reichswehr, der Tarnungen und dergleichen schöner Dinge wirksam gefördert. Aber keine Funde versteckter Waffen können etwas an der Tatsache ändern, daß Deutschland wirklich entlastet ist. Ein paar Ziffern: Nach Abschluß des Friedensvertrages sind abgeliefert und vernichtet:

- 54 887 Geschütze und Rohre,
- 28 003 Lasten,
- 28 469 Minenwerfer und Rohre, und
- 38 750 000 geladene Artilleriegeschosse und Minen,
- 392 500 ungeladene Geschosse, fast
- 6 000 000 Handfeuerwaffen,
- 105 500 Maschinengewehre,
- 14 014 Flugzeuge,
- 27 757 Flugzeugmotoren.

Mit 396 Offizieren und 610 Mann hat die Kontrollkommission in Deutschland gearbeitet. 38 713 976 Soldatark hat die Kommission allein bis zur Inkraftsetzung des Dawes-Planes gekostet. Von diesen im Grunde unproduktiven Ausgaben ist die Dawes-Amnuität jetzt wenigstens entlastet.

Man kann nicht behaupten, daß die deutschen Stellen immer sehr geschickt mit der Kontrollkommission gearbeitet haben. Es hat wenig Zweck, diese Dinge nochmal im einzelnen aufzuführen. Bei vielen, was getan wurde, hat man geglaubt, unter dem unerbittlichen Zwang der Verhältnisse so handeln zu müssen. Um so besser, daß jetzt alles rektlos geregelt ist. Zwei Punkte blieben bis jetzt eine Belastung für die Verhandlung. Die Frage des Kriegsmaterials und die Frage der Vorfestsetzungen im Osten. Daß man im Dezember den Vorgang der Kontrollkommission vereinbarte, ohne daß diese Punkte endgültig geklärt waren, soll anerkannt werden. Man hatte vorgezogen, die Einigung auf dem Wege direkter Verhandlung herbeizuführen. Für den Fall, daß das nicht möglich war, sollte der Völkerbund damit beauftragt werden. Es ist gelungen, die Einigung, wenn auch mit knapper Not, rechtzeitig zustande zu bringen. Das ist viel mühsamer gewesen, als die Öffentlichkeit weiß; es hat großen Entgegenkommens auch von deutscher Seite bedurft, insbesondere in der Frage der Vorfestsetzungen. Unsere Unterhändler haben mit unerhörter Zähigkeit gearbeitet, aber darin, daß nicht der Völkerbund mit diesen Dingen befaßt werden muß, liegt ein politischer Gewinn. Für Deutschland haben Geheimrat Forster von Auswärtigen Amt und General v. Pawelitz die Verhandlungen über die Vorfestsetzungen geführt, Legationssekretär Dr. Clodius vom Auswärtigen Amt die Verhandlungen über das sogenannte Kriegsmaterial. Der Weimarer machten die Verhandlungen den Eindruck, als ob sie etwas festgehalten seien. Das lag daran, daß der Artikel des Versailler Vertrages, der von den befestigten Werken an der Süd- und Ostgrenze spricht, schlecht formuliert war. Seine wörtliche Auslegung hätte dazu geführt, daß die befestigten Werke im Osten ausschließlich Württemberg geworden wären, die für uns nicht nur gänzlich unnütz gewesen wären, die wir aber trotzdem hätten erhalten müssen. Die Vorkonferenz hat im Dezember nun den Fehler gemacht, ein juristisches Gutachten über die Auslegung herbeizuführen. Obwohl so geschickte Männer wie Hurst und Fromagot die Gutachter waren, konnten sie doch nichts anderes als eine Auslegung formulieren, mit der man praktisch nicht weiter kam. Um die Jahreswende war die Lage deshalb so, daß beide Parteien einhellig, daß zunächst eine praktische Verständigung notwendig sei. Diese praktische Verständigung mußte im wesentlichen auf dem Wege der Einzelverhandlung geschehen, während die offiziellen Verhandlungen fast nur formale Bedeutung hatten. Das Verfahren war mühsam und zeitraubend und erforderte auf beiden Seiten guten Willen. Wenn man bedenkt, daß auf der Gegenseite ein so zäher und gewis nicht entgegenkommender Mann wie Marschall Koch der Hauptverhandlungsführer war, so kann man ersehen, wie bedeutsam die schließliche Einigung ist. Daß die Versailler Militärkontrollkommission, wenn auch nach großen deutschen Zugeständnissen, schließlich ja und Amen sagte, ist ein politisches Faktum von allergrößter Wichtigkeit.

Der Streit ging um folgendes: Auf der Bestimmung des Vertrages fußend, daß das „System“ der befestigten Werke an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands im „gegenwärtigen Zustand“ bleiben sollte, hatte man gewisse Feldbefestigungen nach 1920 angelegt, im wesentlichen östlich von Königsberg, östlich und südlich von Łódź, südlich von Küstrin und östlich und südlich von Glogau. Die deutsche These ging dahin, daß das „System“ mit diesen Anlagen nicht

Die Einigung in Paris.

Entwaffnung Deutschlands anerkannt.

(Telegramme unseres Korrespondenten.)

Paris, 1. Februar, 12 Uhr 45 Min. mittags.

Die Sitzung der Vorkonferenz, an der die Mitglieder des Militärkomitees teilnahmen, war um 12 Uhr Minuten beendet. Die „Luitung“ über die endgültige Entwaffnung Deutschlands ist erteilt worden. Die Sekretäre der Vorkonferenz sind jetzt beschäftigt, das Abkommen zu formulieren, das zwischen den deutschen Delegierten und dem Militärkomitee die Befestigungen im Osten zustandekommen ist.

Paris, 1. Februar, 12 Uhr mittags.

Es ist die von der Vorkonferenz erwartete Einigung über die erfolgte Entwaffnung Deutschlands erteilt worden. Die deutschen Delegierten haben der Beratung des Militärkomitees, die heute um 9 Uhr begann und um 11 Uhr zu Ende war, nicht teilgenommen. Das Komitee hat in dieser Beratung einen Bericht redigiert, der sofort der Vorkonferenz übermittelt wurde. Deutschen betrachten gestern Abend alle Fragen als gelöst. Es wurde jedoch für möglich gehalten, daß bei der Formulierung des Berichtes durch das Militärkomitee oder der Schlussberatung der Vorkonferenz noch einige Auskünfte von den deutschen Delegierten verlangt werden könnten. Aus diesem Grunde warteten der General v. Pawelitz und Geheimrat Dr. Forster in den Vorkonferenzen auf eine Nachricht vom Quai d'Orsay, wo die Konferenz verhandelt ist. Eine solche Nachricht ist bis jetzt nicht eingetroffen. Auf eine Anfrage am Quai d'Orsay wird geantwortet, daß die Konferenz noch einige Stunden dauern kann.

Das Reichskabinett hat gestern, wie mitgeteilt, dem deutschen Völkerbund in Paris alle Vollmachten erteilt, die zum Abschluß der Verhandlungen notwendig waren. Einzelheiten, wie die vorgenommenen Erweiterungsarbeiten zerstört werden müssen, wird man erst nach der Rückkehr des General v. Pawelitz feststellen können. Jedenfalls bezeichnet hier die Redaktionen, wonach die Setzungen Küstrin und Glogau nicht werden müssen, als Pariser Kombination. Es ist selbstverständlich, daß das Reichskabinett sich nach dem Abschluß der Verhandlungen nochmals mit dem Ergebnis befaßt und dazu Stellung nimmt. Am dann werden auch die deutschnationalen Minister erscheinen. Heutzutage sei darauf hingewiesen, daß es Aufgabe des neuen

Kabinetts ist, vor dem Reichstag den Gesetzentwurf über Herstellung und Ausfuhr von Kriegsmaterial zu vertreten. Dieser Gesetzentwurf ist zwar vom alten Kabinett verabschiedet worden. Aber er ist noch nicht dem Reichstag zur Entscheidung zugegangen. Und bei dieser parlamentarischen Abstimmung sind die Deutschnationalen Regierungspartei. Während sie sonst sicher diese Gelegenheit benutzt hätten, um ihrer Entrüstung über neue Zugeständnisse Ausdruck zu geben, werden sie diesmal genötigt sein, diesen Zugeständnissen ihre Zustimmung zu geben.

Das Ende der Kontrollkommission.

Englische Stimmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 1. Februar.

Die Zurückziehung der interalliierten Kontrollkommission wird hier mit Befriedigung aufgenommen und als neuer wichtiger Schritt auf dem Wege zur Gleichstellung Deutschlands mit den früheren Alliierten bewertet. Ein physikalisch und technisch wichtiges Ereignis, nennt es der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, der hinzusetzt, die Kontrolle gehe jetzt in die Hände einer Körperschaft über, die in den Augen des deutschen Volkes weniger deutschfeindlich sei als die interalliierte Kontrollkommission. Der Korrespondent wendet sich ferner ausdrücklich gegen die französischen Befürwortungen, daß die Völkerbundskontrolle weniger wirksam sein werde als die bisherige. Frankreich solle doch nicht vergessen, daß es mit seinen östlichen Alliierten, Belgien und den anderen lateinischen Staaten, eine Mehrheit sowohl im Völkerbundrat als auch in der künftigen Völkerbundskontrollkommission bestie, die zudem noch einen französischen Vorkonferenzpräsidenten habe. Außerdem aber sei man in London der Ansicht, daß Deutschland nicht in der Lage sei, in größerem Umfang zu rüsten, ohne daß die ganze Welt davon erfahre. Außerdem würde eine offene oder halb versteckte Wiederbewaffnung Deutschlands das Reich der sofortigen Zerstörung durch die ungeheure französische Luftflotte aussetzen, während die reichsten Provinzen Deutschlands der schweren Artillerie Frankreichs zum Opfer fallen würden. Das militärische Kräfteverhältnis sei heute genau umgekehrt als im Jahre 1914, was man in Deutschland wohl versteht. Wenn Deutschland und seine früheren Bundesgenossen 187 000 Mann besäßen, könne Frankreich auf mindestens 1 385 000 Mann zählen, und wenn Deutschland alles in allem über 2000 Maschinengewehre verfüge, so habe Frankreich zwanzigmal mehr, außerdem 2000 Feldgeschütze und 1500 schwere Geschütze. „Daily Express“ weist auf die ungeheure Arbeitsleistung der interalliierten Kontrollkommission hin. Im Laufe der Jahre habe sie, um nur einige Zahlen herauszugreifen, nicht weniger als 14 000 Flugzeuge, 27 000 Flugzeugmotoren und 488 Millionen Gewehrpatronen zerstört.

(Siehe auch Seite 2.)